

Vorlesungen anzuhören über die exemplarische Pfründerei unseres Beamtenstandes, über die traditionelle Tüchtigkeit der preussisch-deutschen „Königsdiener“.

Die Guten stecken den Kopf in den Sand und behaupten dann mit stänneerregender Dreifigkeit, alle die Dinge, welche sie nicht zu sehen vermögen, seien gar nicht vorhanden. In Wahrheit liegt nämlich die Sache wesentlich anders. Auch bei uns, im „Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte“, hat die Korruption des Beamtenstandes ihre Stätte, wächst mit erschreckender Schnelligkeit.

Wir wollen heute nicht von der schwachhalsigen Thatsache reden, die bei so vielen politischen Prozessen handgreiflich vor Jedermanns Auge tritt, daß die deutsche Justiz zum großen Theile eine feile Dirne geworden, die um die Gunst der Mächtigen buhlt und nur ihrem Klasseninstinkt gehorcht bei Schöpfung ihrer draconischen „Urtheile“.

Was uns heute die Feder in die Hand zwängt, das ist die Korruption in den Reihen der deutschen Verwaltungsbeamten.

Die liberale Presse erhob bekanntlich ein Jetergeschrei, als Herr von Puttkamer im Reichstage die Pflichten der Regierungsbeamten nach seiner und „seines königlichen Herrn“ Auffassung auseinanderlegte. Als ob der fromme Junker den Leuten etwas Neues enthüllt hätte! Ist es nicht seit Menschengedenken und namentlich seit der Aera des neuen preussischen Reichsheilandes Otto immer so gewesen? Im modernen Hohenzollernreiche sind die Beamten stets nur unterthänige Diener ihres königlichen Herrn, nicht Diener des Volkes. Dieses ist nur dazu da, für Diener und Herren mit seinem Schweiß und Blut die Fische zu bezahlen. Die liberale Presse machte sich einfach lächerlich, als sie erbaunt und entrüstet that über die Enthüllung einer längst zum öffentlichen Geheimniß gewordenen Thatsache.

Weiß man doch, was in Deutschland das Wort „Strebertum“ bedeutet, daß nur diejenigen „Diener“ auf Lohn und Auszeichnung zu rechnen haben, die nicht für die Sache des Volkes, sondern für ihren Herrn von Gottes Gnade alle Kräfte anspannen. Und die „Diener“ sind nicht die Leuten, die das begreifen. Ihnen wird (von oben) viel verziehen, wenn sie (ihren Herrn) viel geliebt haben.

Und so wirtschaften sie drauf los, die Polizeidirectoren, Bürgermeister, Landräthe, Regierungspräsidenten und wie das Geckweiß sich sonst bezieht, schlimmer als die Pöbel. Das Volk aber muß schweigen, es ist gefesselt. Wer immer die Gewaltigen anspornen mag, über den kommt unschlagbar der Staatsanwalt, und die „gutmüthigen“ Richter thun ihre Schuldigkeit. Wieht du von einigen besessenen Polizisten geprügelt und bis ans Blut mißhandelt, so schweige und dache still, o deutscher Reichsbürger, wenn du nicht zuverlässige Zeugen aus dem Zivilstande hast, sonst gibt dir das Gericht einige Monate Zeit, über Beamtenbeleidigung und polizeiliche Kleinode hinter Schloß und Riegel nachzudenken. Wagt einer dieser Pöbel auf ein deutsches Weib oder Mädchen einen gewaltsamen unflüchtigen Angriff, so schweige auch da und verbeiß deine Scham und deinen heißen Zorn, es möchte dir sonst ergehen, wie seinerzeit der Lehrer Herrfeld mit dem unschuldvollen Polizeibros v. Wurms. Merkt Alle: ein preussisch-deutscher Beamter ist ein ehrenwerther Mann, wäre er auch der größte Schuft — so denken und urtheilen unsere wackeren Richter, wenn das Gegenheil nicht auf's Handgreiflichste bewiesen wird.

Die Anwendung des Beleidigungsparagraphen auf jede Kritik des Beamtenstandes war ein Bismarcksches Receptivum der Reaktionskunst. Jetzt fühlen die Diener und Werkzeuge sich sicher; sie sind erhaben über das ganze Volk der Unterthanen. Und so regieren und amittieren sie drauf los, wie ihre glorreichen russischen Vorbilder.

Nur wenn irgend ein thörichter Zufall einem Pöbel unliebsam in die Quere kommt, passiert es, daß sein Treiben vor Gericht entbült wird. Adama aber blüht das Publikum in einen Abgrund von Schmutz und Beroortheit. Solche Prozesse entbüllen wie läche Blige das Dunkel, in welche sich die Korruption zu hülsen pflegt.

So vor einigen Jahren der große Bestechungsprozeß in Bochum gegen die Kergie, welche als „Befreier vom Soldatenstande“ ihre Dienste gethan, so der Prozeß gegen die Millionendiebe bei der königlichen Bank in Bamberg, so der Prozeß gegen den Kriegsrath in Darmstadt, der jahrelang die öffentlichen Kassen bestohlen hatte, ebenso wie sein Kollege, der „haatstrene“ Steuereinnnehmer Güllher in Münsterfeld, Kratzer'schen Angebotsens. Wir könnten noch mehr Beispiele aus den letzten Jahren anführen, nehmen aber als typisch schon eine Ende vorigen Jahres am Schwurgericht zu Duisburg stattgehabte Verhandlung heraus, welche den Stoff zu den ausgedehnten Betrachtungen bietet.

Vor den Schranken stand Adolf von Jüchen, Polizeikommissar in Wülheim a. d. Ruhr, Hauptmann a. D., der als Kompagnieführer in der Landwehr die Feldzüge von 1846 und 1870/71 mitgemacht. Jüchen war seit 1854 im Polizeidienst, seit 1855 in Wülheim a. d. R., wo er wie ein wahrer Pöbel schaltete. Von seinem „königlichen Herrn“ war der völlige Diener mit folgenden Auszeichnungen beehrt worden: 1) Eisernes Kreuz zweiter Klasse, 2) Landwehrdienstauszeichnung erster Klasse, 3) Erinnerungszeichen von 1846, 4) Kriegsauszeichnungen von 1870/71 und 5) Erinnerungsmedaille des Hohenzollernschen Hausordens. Gewiß, ein wackerer und verdienstvoller Mann! Wir werden seine Verdienste, Dank der Deffentlichkeit des Gerichtsverfahrens, bald näher kennen lernen.

Neben von Jüchen bestand sich auf der Anklagebank der „königliche Diener“ H. Schütteldreier, ehemaliger langjähriger Drillmeister und Rekrutenschilder, der als Ziviladvokat entlassen und in Wülheim als Polizeikommissar und Gefängniswärter „versetzt“ wurde. Wilhelm der Rinde hält ja bekanntlich sehr daran, daß seine Braven gut versorgt werden. Mehe aber als ihr „oberster Kriegsherr“ thaten die Beiden selbst für ihre „Versorgung“.

Seit vielen Jahren benutzten sie nämlich ihre amtliche Stellung dazu, um in der gemüthlichsten Weise von der Welt zu pressen und zu amittieren — pardon, zu flehlen. Böse Beispiele von oben verderben natürlich die guten Sitten unten. Warum sollten auch Jüchen und Schütteldreier nicht nachahmen, was ihnen mit so glänzendem Erfolge vorgemacht war? Jüchen war der Vorgesetzte, S. der Untergebene, das Paar verstand sich aber darauf, nicht nur in brüderlicher Eintracht zu betrügen und zu flehlen, sondern auch den Raub friedlich zu theilen.

War Jemand, der Geld hatte, in Wülheim zu Gefängniß verurtheilt, so brauchte er nur einen silbernen oder goldenen — Händedruck zu geben — und das „Brummen“ war erspart. Der Gefängniswärter trug die Strafe als verbüßt in sein Buch ein, der Polizeikommissar übernahm die erforderliche Revisionsbescheinigung, und die Sache war erledigt. Doch nicht ganz. Der wackerer Schütteldreier liquidirte, unterstützt durch die Verschlingung seines Spießgesellen, von der Stadtkasse auch noch die vorgeschriebenen Vertretungskosten. Aus den letzten zwei Jahren sind allein gegen 40 verurtheilte Fälle zur Kenntnis des Gerichtes gelangt; viel mehr noch sind wahrscheinlich verschwiegen geblieben. Auch noch in anderer Weise flüchtete das laubere Büchlein der Richter, um die Kasse wirksam anzufließen zu können.

Nebenher entbüllte die Verhandlung, daß Jüchen eine Pöbelwirtschaftsleiter Gleiches durch mißthätige Verhaftungen, Einbrecher von Schulkindern u. ansgeliebt hatte; er war der Schrecken seiner Stadt. Milde genug fiel der Richterpruch aus: zwei Jahre Zuchthaus für Jüchen, ein Jahr für seinen Kumpan. Sie hatten freilich auch keine hochverräterischen Flugblätter angeheftet, sondern nur „ihren Herrn“ etwas unregelmäßig bedient.

Ob Jüchen seine Strafe abgeben muß? Wir bezweifeln es. Die königliche Gnade, welche dem Vernichter des „Großen Kurpfuschens“, dem Mörder von mehr als zweihundert Menschen, so kultvoll zu Theil ward, wird auch dieses ersünderische Genie bald dem Dinsten „seines königlichen Herrn“ zurückgeben. Eine Veränderung des Ortes und des Namens — und der ehemalige Hauptmann und Hohenzollern-Hausordensritter ist wieder vernutzbar. Hat er sich doch als findiger Sozialistenbeuger bewährt; und heilalle es uns gar nicht wundern, wenn

er alsbald irgendwie als Spitzel Verwendung fände. Solche Schritte sind die rechten, passenden Werkzeuge für die Hohenzollern'sche Polizei unter Radau-Stieber'scher Leitung. Sie sind die geborenen Beschürmer der heutigen „Ordnung“, die Stützen von Thron und Altar.

Wie viel gleichwertige Genossen das deutsche Beamtenhum noch in seinen Reihen birgt — wer mag das taxiren? Hier ist überall Jähzorn, Verwerfungsgeruch, die Frucht des mit Heuchelei verbrämten Absolutismus. Und das Volk muß schweigend und hirschend diese Sinne ertragen bis zum Tage der großen Abrechnung, der die ganze Schandwirtschaft mit eisernem Besen hinwegfegt. Reformen — in diesem verfaulenden Beamtenkörper eine reine Unmöglichkeit; hier sind Blut und Eisen die einzigen Heilmittel.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 31. Mai 1882.

Unsere wackeren Berliner Genossen haben wieder bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt, daß sie noch immer unverzagt auf dem Posten sind. Der jüngsten Flugblattverbreitung haben wir im „Sozialdemokrat“ schon gedacht. Ferner ist zu erwähnen die am 14. Mai stattgehabte Demonstration in der von den Vorständen der Berliner Fachvereine einberufenen großen Arbeiterversammlung auf Tivoli, in welcher über die Petition den Normalarbeitstag u. betreffend verhandelt werden sollte. Es waren hierzu alle Abgeordneten, welche in der Arbeiterbewegung direkt thätig sind, eingeladen worden, unsererseits waren Frohne, Hasekleeber, Willenberger, Kasper und Kräcker erschienen. Frohne und Hasekleeber, welche sich an der Diskussion beteiligten, wurden mit stürmischem Applaus empfangen. Und als Hasekleeber ausfuhrte, er sei zwar mit dem Inhalt der Petition einverstanden, weniger aber mit der Adresse (Reichstag), und was die Regierung anbetreffe, so könne er an die Arbeiterfreundlichkeit einer Regierung, welche den Belagerungszustand aufrechterhält, nicht glauben, da wollten die Beifallsbezeugungen gar kein Ende nehmen. Die Auflösung der Versammlung durch den überwiegenden Polyzisten erhöhte nur den Charakter der Demonstration. Zum ersten Mal seit langer Zeit erlitt wieder die Arbeitermarxistische im mächtigen Rassenchor — es waren 3000—4000 Menschen anwesend.

Am 18. Mai starb der Genosse Dittmar, einer unserer mit Recht bestehenden Parteigangswirthe. Dittmar war stets einer der Ersten, wenn es galt, Opfer zu bringen, er wurde auch bald nach Verhängung des kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen, die Ausweisung selber indeß mit Rücksicht auf Dittmar's zerlittene Gesundheit zurückgenommen. Bei seinem Begräbniß folgte ihm ein imposanter Zug von gegen 2000 Personen, ein der Polizei „unbekannt gebliebener“ Mann legte mit den Worten „Ehre dem Ehre gebühret“ einen Kranz mit rothen Blumen auf das Grab unseres Freundes und verschwand darauf sofort in der Masse, der Arbeiter Oswald (Bergolber) hielt eine kurze Ansprache.

Diese Demonstrationen sind um so höher anzuschlagen als jeder Teilnehmer an derselben sich der Gefahr der Ausweisung aussetzte. Denn die Spitzerei ist in Berlin in einem Grade durchgeflutet, wie es in Paris selbst unter Napoleon schwerlich der Fall gewesen sein dürfte.

Dehalb: Hoch, Ihr furchtlosen Pionire in der Hauptstadt des deutschen Reiches!

— Auch ein Dokument zur Zeitgeschichte ist die völksparteiliche Refusereingabe gegen das Verbot der Gedenkfeier des Hambacher Fests. Sie lautet:

„Hambach, 18. Mai 1882. An hohe königliche Regierung der Pfalz, Kammer des Innern, in Speyer. Der allergehorsamste Unterzeichnete erlaubt sich, auf das Refusier hoher königlicher Regierung vom 14. d. M. Folgendes allergehorsamst zu erwidern. Hohe königliche Regierung lehnt den Refusier gegen die Verhängung des königlichen Bezirksamts in Neustadt a. H. vom 6. d. M. ab und motivirt die Abweisung des Unterzeichneten mit Momenten, welche denselben zwingen, nochmals in beregter Sache königlicher Regierung Mittheilung zu machen und Aufklärungen zu geben, welche die wirklichen thatsächlichen Verhältnisse einer anderen Beurtheilung unterliegen dürften. Freigiebt Gedenkfeier an das erste Hambacherfest 1832 sollte nur (!) zu Ehren der Männer und ihrem Andenken gefeiert werden, welche damals den Gedanken der Einheit und Freiheit des deutschen Volkes vertraten, wie aus der betreffenden Einladung des Ausschusses der deutschen Volkspartei widergesprochen wurde.

— Der Unterzeichnete erlaubt sich, diese Einladung in der Anlage, Nummer 131 der „Pfälzischen Volkszeitung“, d. d. 12. Mai 1882, hier beifügen, und geht es daraus wohl zur Evidenz hervor, daß seitens der gedachten Ausschusses nichts (!) geplant wurde, was eine Rechtsverletzung der Gedenkfeier aufgeführt und gehandelt hätte werden können; niemals (!) aber hat die Volkspartei der Pfalz irgendwo (!) Kundgegeben, daß dieselbe in irgend einer Weise (!!) Stellung gegen die bayerische Staatsregierung oder hohe königliche Regierung der Pfalz einzunehmen gesehen wäre oder sich thatsächlich gegen dieselbe hätte zu Schanden kommen lassen! Wir achten die Gedenkfeier unseres Landes und anerkennen die Pflichten und Humanität (!) unserer Regierung, und wenn wir gegen irgend etwas in dieser Richtung Protest machten, so waren es nur (!) Momente, geschaffen durch das allzu intensive (sch. Herrsch.) Vorgehen der Reichsregierung gegen uns, lieb gewesen und lieb gewordene Verhältnisse in Bayern. (!) Um so schmerzlicher mußte es uns berühren, daß man uns seitens des königlichen Bezirksamts in Neustadt in der Verfügung vom 6. d. M. impudenter will, daß wir eine Massen-demonstration der extremsten Elemente (!) plantent (Schändlich!) Daß wir, die Volkspartei, die Schuld tragen sollen an „masselosen Verheerungen bei den letzten Wahlen“! Daß wir, die Volkspartei, endlich eine Verantwortung übernehmen müssen für alles, was in Tage treten sollende „gemeingefährliche Bestrebungen der Sozialdemokratie“! Das ist zu viel (Hülfe, ein Glas Wasser!) und greift unsere Ehre (!) im bürgerlichen Leben an — in einem Zeitungsartikel mögen sich grade Beschuldigungen vielleicht erlauben sein —, jetzt uns in der öffentlichen Meinung herab (!) und ist die Wahrheit jener Behauptungen durch nichts begründet oder erwiesen! Der Ausschuss der Volkspartei wandte sich dem gegenüber beschwörend an hohe königliche Regierung der Pfalz und hoffte, er würde wenigstens von jenen grade Beschuldigungen freigesprochen werden; dieses geschah jedoch nicht — im Gegentheil, man beschuldigt die Volkspartei weiter, sie habe eine „Erinnerungsschrift“ zur „Veröffentlichung“ übergeben, welche „strafverlethliche Einschreitung“ bereits nötig gemacht habe. Auf diese verschiedenen Beschuldigungen hat der Unterzeichnete Folgendes erwidert entgegengehalten:

— Was dann endlich die Verantwortung anlangt, welche der Ausschuss der Volkspartei den vermeintlichen „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ gegenüber einzunehmen soll, so kann man Derartiges von gebührender Rücksicht nicht verlangen — denn dafür ist die Polizei da! (Pini Trüdel!) — Volk der Ausschuss der Volkspartei die Verantwortung voll und ganz übernahm, das wäre für die Mitglieder der Volkspartei, deren geistlichen Sinn der Ausschuss kennt, denn die deutsche Volkspartei ist eine Partei des Friedens und der Freiheit, und daß der Ausschuss genannter Partei zweifelhaft (!) u. h. wirklich (!) Die Red. Männer hätte zum Wort kommen lassen, ist bei seiner strengen Disziplin nicht denkbar (!). Was aber jene angründende „Erinnerungsschrift“ anlangt, so mag dieselbe wohl eine Speculation eines Buchdruckers sein, geht aber die Volkspartei in keinerlei Weise etwas an, und weist diese alle und jede Verantwortung dafür ab. Nach all den angeführten Gründen oder Momenten mag (!) es deshalb der allergehorsamste Unterzeichnete nochmals, hohe königliche Regierung zu bitten (!), es möge derselben gefallen (!), die Verhängung des königlichen Bezirksamts Neustadt a. H. vom 6. Mai das „Verbot des Hambacherfestes“ betreffend anzuhängen und befristet, Erinnerungs- und Gedenkfeier freizugeben. Einer hohen königlichen Regierung der Pfalz allergehorsamster — Namens und im Auftrage des Ausschusses der deutschen Volkspartei der Pfalz, — Der erste Vorstand H. G. Grohe, Gutbesitzer in Hambach.“

Soweit das Dokument.

ist eine jämmerlichere, hundsdemüthigere, niederträchtigere Sprache denkbar?

„Dafür ist die Polizei da“, „zweifelhafte“ — nämlich zweifelhaft: im Sinne der Polizei, auf gut Deutsch: wirklich rabidale — „Männer nicht zum Worte kommen lassen“ — für eine Erinnerungsschrift (welche aus den Vertheidigungsworten von Siebenpfeiffer und Wirth besteht!), „all“ und jede Verantwortung ablehnen — „mag es“ — „allergehorsamst“ — „zu bitten“ —.

Und Das will das Hambacher Fest feiern! Sich als Erben der mutigen Männer von 1832 ausspielen! Hinweg mit Euch, Ihr traurigen Wesen, die Ihr nur den Hohn und Spott eines Börsen herausgefordert hättet! Leht nur, was er über Unversieglichkeit damals schrieb, und dann — wenn Ihr noch soviel Logik habt — sagt Euch: Diese Hambacher und ihre Freunde waren gemeingefährliche, extreme, zweifelhafte Leute, mit denen wollen wir allergehorsamsten Volksparteiler nichts zu thun haben.

O Deutschland, Deutschland, wie lange wirst du noch die Heimath der Philister bleiben!

— Die „hohe“ königliche Regierung der Pfalz hat auf die „allergehorsamste“ Eingabe des völksparteilichen Ausschusses die einzig richtige Antwort gegeben, indem sie nicht nur das geplante Fest, sondern auch die „allgemeine“ Feier endgültig verbot, legierte auf Grund des — Sozialistengesetzes. Auf das kuckstheilige Gewinsel der Herren geblühte sich ein gehöriger Fuchtwitz. Und sie haben ihn dankend akzeptirt. Nachdem sie ihre eigene Unmännlichkeit dargeban haben, suchen sie auch die Männer des Hambacher Festes herabzuwürdigen. „Es war im Grunde mehr ihre Form“, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, „als der Inhalt ihrer Reden, der anstoßen konnte.“

Ist das erhebt? Die trüglichen Kugriffe auf die Fürsten, die „Hochverräther an der Menschheit“ nur „der Form nach“ den Regierungen — denn um diese handelt es sich — anstößig! Die infamen Verfolgungen, welche nach dem Hambacher Fest erfolgten, waren also nur eine Strafe für die Formverletzung, deren sich die unbesonnenen Hambacher schuldig gemacht!

O über diese Philisterhaftigkeit! Wie sie sich bemüht, an alles Große ihren kleinlichen Maßstab anzulegen! Schließlich war es auch nur eine Verletzung der Form, eine manques d'equivoque, als die Franzosen Ludwig XVI. köpften!

Und nach dieser Entdeckung sucht das Frankfurter Organ der deutschen „Demokratie“ nachzuweisen, daß die Volkspartei den wenig anstößigen Inhalt von damals auch heute noch zum Programm habe — daß sie die anstößige Form verabscheut, zeigt die oben abgedruckte Eingabe. Die enthält in der That nichts Anstößiges für die — Regierung.

— „Eine ungeheuerliche Handlung an und für sich soll man einer Behörde nicht ohne Weiteres allzuhoch anrechnen.“ — Wo steht das? Welches Polizeiblatt stellt der Polizeigenwalt einen so ungeheuerlichen Freispruch für allerhand Schurkereien aus? Ist es die Norddeutsche Allgemeine, ist es die „Kreuzzeitung“, ist es die Kölnische Volkszeitung? Welche, das steht in der „demokratischen“ Frankfurter Zeitung vom 28. Mai 1882, in einem Leitartikel zur Erinnerung an das — Hambacher Fest.

Pini!

— Unser „Kleiner“ muß verlängert werden — schreibt man uns aus Leipzig — und die Polizei hat die „Gründe“ zu schaffen. Das ist die Signatur unserer „sechsdächtigen“ Verhältnisse. Und die Polizei gibt sich redliche Mühe. Nun sind zwar dem Schatzsparsamen Wort nach Gründe „billig wie Brombeeren“. Das trifft aber hier nicht zu und die Polizei ist hier nicht bloß selber sehr schwer, sondern hat auch ihre „Gründe“ sehr schwer zu bezahlen. Einer dieser „Gründe“ heißt Haase, ist Schriftfeger seines Zeichens, hatte Gelder für die Familien der Ausgewiesenen gesammelt, und dieselben unterzogen. Seine Arbeitskollegen erfahren es, und machen ihm Vorwürfe. In seiner Hölle und vielleicht auch ein Bißchen aus Schamgefühl ging der Haase nicht wieder zur Arbeit, fiel aber einem Polizisten in die Hände, der nach „Gründen“ suchte, und in ihm ein glühendes Verachtungsbild entwarf und dasselbe vermittelst einiger „Tölpelchen“ vier zum Plaudern brachte. Den folgenden Tag fand bei dem plaudernden Haase eine Hausdurchsuchung statt; die Polizei fand das Manuskript eines Briefes vor, den der plaudernde Haase seinem Prinzipal geschrieben, und in welchem er gebietet hatte, warum er nicht mehr zur Arbeit gekommen. Hierauf Hausdurchsuchung bei dem Prinzipal, die jedoch erfolglos blieb. Die „Gründe“-brauchende Polizei geht nun dem Haase zu Leib, bedroht ihn mit Ausweisung, falls er nicht gehet; verspricht ihm Geld, falls er die „Wahrheit“ sage. Der biedere Haase, der an das non olet — das Geld stinkt nicht — denkt, nimmt das Geld und — lügt. Er denunziert verschiedene Personen, u. A. den Schriftfeger Höbner, von dem er die Sammlungen bekommen zu haben behauptet. Höbner wird natürlich sofort verhaftet, und die Polizei treibt sich daran, er sei der Leiter und Organisator der Sammlungen. Das war am 5. Mai. Am 6. Mai wird Genosse Enders auf seiner Arbeitsstelle von der Polizei überfallen, sein Arbeitszeug durchsucht. Ohne Resultat. Hilft aber nichts. Enders wird verhaftet, auf die Polizei geschleppt und dort befehrt, daß er den „Sozialdemokrat“ verbreite und daß deshalb in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden müsse. Die Hausdurchsuchung wird vorgenommen; auch hier kein Resultat. Und da hat man dann Enders entlassen müssen, nachdem er von 12 Vormittags bis 6 Uhr Abends im Polizeigefängnis gesessen. Mit den „Gründen“ war es also diesmal nichts. Die Polizei ist aber auf der Suche, und in der Bibel schon heißt es: „Wer sucht, der findet“. Es werden demnach „Gründe“ gefunden werden, und wenn die „Gründe“ vermündet them sind, — so lieber, daß dem kaiserlichen Leipziger Stadtbürger die Augen übergeben werden, so ist daran einzig und allein die Weisheit der Leipziger Sozialdemokraten schuld, die der Polizei absolut keine „Gründe“ für Verlängerung des Belagerungszustandes liefern wollen.

— Leipzig, 26. Mai. Der See will sein Opfer haben — wieder zwei Ausweisungen. Die Genossen Enders und Haase, welche der Sammlung von Geldern „verdächtig“ sind — gerichtlich nachzuweisen ist ihnen nichts „Strafbares“, sonst hätte man sie in Haft genommen — mußten die Nothwendigkeit der Verlängerung des „Kleinen“ „in corpore vili“ — mit ihren Personen demonstrieren. Das ist der ganze Zweck; und wenn zwei brave Menschen mit ihren Angehörigen zu Grunde gehen — was kümmert es die Polizei? Sie wird gut bezahlt, und die „Staatsraison“ erhebt es nun einmal, daß der Belagerungszustand verlängert und die Verlängerung dem „Publikum“ planmäßig gemacht wird. Wie das am 13. März vorigen Jahres hingerichtete „Bilderchen“ Alexander von Remm 30,000 Soldaten todt oder zu Krüppeln schickte, nur um sich einen angenehmen Vormittag zu verschaffen, so ist unsere Polizei sicherlich außerordentlich gemüthlich und human, wenn sie, um unserer Bourgeoisie das Vergnügen des Belagerungszustandes auf ein weiteres Jahr zu verschaffen, ein paar Individuen rinnt, obendrein ein paar Sozialdemokraten, die ja doch bloß Menschen in einer Klasse sind, und deren es ja, wie männiglich bekannt, zu viele gibt — namentlich im „gemüthlichen“ Sachsen. —

Uebrigens mit zwei Ausweisungen ist's nicht gethan. So billig ist die Verlängerung des „Kleinen“ nicht zu haben. Die Polizei hat noch drei weitere Genossen auf den Verdacht hin, den „Sozialdemokrat“ verbreiten zu haben, arretirt, und dieselben befinden sich noch im Gefängniß — das sie nach 8 oder 14 Tagen verlassen werden, um ihre Ausweisungen zu empfangen zu nehmen. Eine Ausweisung, nachdem das Objekt dieser hochpolitischen Staats- und gesellschafts-

retterischen Maßregeln erst einige Wochen im Gefängnis gewesen hat, liefert ein weit gewichtigeres Argument als eine sans façon und ohne staatsanwaltliches Vorspiel verhängte einfache Polizei-Ausweisung. — Während die Polizei es sich anfangs Mühe und — der Himmel weiß wie viel Geld — kosten läßt, die Verbreitung des „Sozialdemokraten“ zu verhindern, ist dieser, vor der Nase, wenn auch nicht unter den Augen der Polizei mit einer Vorkäuflichkeit, die in „der guten, alten Zeit“ des Kaiser-Dehler'schen Polizeiregiments niemals auch nur annähernd erreicht worden ist. In dieser Beziehung sind wir wirklich unserem neuen Polizeidirektor, dem ehrigen Chemnitzer Ex-Oberstaatsanwalt Richter, vielen Dank schuldig. Er hat sein bei seinem Amtsantritt dem Stadtrat gegebenes — Versprechen: „Leipzig von der Pest der Sozialdemokratie zu reinigen“, mit solchem Erfolge gehalten, daß wir ihn wirklich zum Ehrenmitglied unserer Partei ernennen sollten. Es ist dies auch bereits ernsthaft in Erwägung gezogen worden, und wenn Herr Richter (der dies sehr) nachhins ein „Ehrendiplom“ in optima forma erhält, dann braucht er nicht überrascht zu sein. Er möge nur so fortfahren!

Schier bei Seite: „Gemüthlichkeit“ ist das deutsche Nationalstigma — auch unsere Partei kannte daran, und es war hohe Zeit, daß wir durch das Sozialistengesetz „an gemüthliche“ Zustände bekommen haben, durch welche dem „Gemüthlichen“ die „Gemüthlichkeit“ ausgetrieben worden ist. Je „ungemüthlicher“ die Zustände, desto kranner die Organisation, desto schneller die Stimmung. Das sehen wir überall. Und den letzten Rest von „Gemüthlichkeit“ aus unserer „Sechsst Leipzig“ ausgetrieben zu haben, dieses unfehlbare und wirkliche Verdienst hat der neue Polizeidirektor. —

Daß der Pampacius Sparig seine „Proscriptionliste“ richtig nach Dresden ans Ministerium geschickt hat, wissen Sie aus den deutschen Zeitungen. Dieses Individuum, bei dem man nicht weiß, wo der Hausrath aufhört und der Schutz anfängt, rühmt sich seiner Gemeinheit öffentlich. Nun — das ist seine Sache; aber Sache unserer Bourgeoisie ist es, daß sie, statt jede Solidarität mit dem elenden Tropf von sich zu weisen, unerbittlich seine Infamie billigt, und Bravo dazu rufen. Bist du der Schande!

Wohlgemerkt: ich schrieb Bourgeoisie, nicht Bürgerthum. Unser Kleinbürgerthum wendet sich immer mehr der Sozialdemokratie zu, in deren Sieg es mit Recht seine einzige wirtschaftliche Rettung erblickt. —

Heut vor 8 Tagen fand Bebel vor dem hiesigen Landgericht, unter der Anklage, durch sein Leipziger Wahlplakat gegen § 131 verstoßen und den — Bundesrath beleidigt zu haben. Die Öffentlichkeit wurde trotz Einsprache unseres Genossen ausgeschlossen, und Bebel, obgleich er den Staatsanwalt ad absurdum führte, zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt. Er wird Revision beantragen. Das Erkenntnis beruht auf der landesüblichen jammösen Interpretation des „wissend, daß sie erdichtet oder entlehnt sind“, und auf der Annahme, daß jede scharfe Kritik eines Gesetzes eine Beleidigung derer ist, die mit der Verfertigung und Erlassung des Gesetzes etwas zu thun gehabt haben. Nach dieser Annahme hätte Bebel ebensogut auch noch auf Beleidigung der Reichstagsmitglieder, die für das Sozialistengesetz gestimmt, und des Kaisers, der seinen Namen darunter geschrieben und natürlich auch Bismarck's angeklagt und verurtheilt werden können, ja müssen. Das Gericht hatte nur nicht den Muth der Konsequenz: es sprachte offenbar vor deren Widersinnigkeit zurück.

Den entgegengekehrten Muth der Konsequenz: ganz freizusprechen, hatte das Gericht aber erst recht nicht.

„Die Jurisprudenz“ — hat ein berühmter Mann gesagt — „tödtet die Fähigkeit logischen Denkens und gerechten Handelns.“ Wahrscheinlich, er hat den Nagel auf den Kopf getroffen!

Nach diesem Erkenntnis gegen Bebel ist die Verurtheilung Liebknecht's, Bebel's und Hasenclever's wegen des bekannten Flugblattes über den Leipziger Verfassungszustand nicht mehr zu bezweifeln, denn die Anklage hat genau die nämliche Basis. Dieser Prozeß, bei dem die Öffentlichkeit sicherlich gleichfalls ausgeschlossen wird, dürfte etwa 14 Tage nach Schluß des Reichstagsessions, während deren Dauer er sistirt ist, zur Verhandlung kommen.

In München hat am 24. Mai endlich die Prozeßverhandlung gegen unsere Ende Januar verhafteten Parteigenossen stattgefunden. Achtzehn brave Arbeiter sind auf die Denunziation des gewissenlosen Gallanten Gehret hin seit vier Monaten in Untersuchungshaft gehalten worden, und in der Hauptverhandlung hatte der saubere Gesellschaftsleiter nicht einmal einen Zeugen für die Richtigkeit seiner Angaben aufzuweisen, sondern stützte sich auf den „großen Unbekannten“. Jemand, den er nicht nennen konnte, habe ihm mitgeteilt, daß am betr. Tage in Steinhausen eine Bertragsmännerversammlung stattgefunden sollte, und diese Angabe genügt Herrn Gehret, Jeden, der die Schwelle des Gallzimmers überschritten hatte, verhaften und in Ketten nach München transportieren zu lassen!

Die Verteidiger, die Doktoren Bernstein und Siegel, gingen mit anerkennenswerther Schärfe gegen den Polizeipacha von München vor. Dr. Bernstein protestierte anfangs gegen die Verleumdung Gehret's, da diesem das bekannte „Amisgeheimnis“ verbietet, über interne Polizeiangelegenheiten zu berichten, eine theilweise Enthebung aber unzulässig sei. Da die Richter den „Reinheitsmangel“ trotzdem vereideten, verlangte Dr. Bernstein nachher, Michel soll auch nimmermehr gezwungen werden, seinen Zeugen zu nennen, was die alten Richter aber nicht für nöthig befanden.

Weiter rühte Dr. Bernstein mit der Frage auf den Beiz, ob der Spion für die Denunziation bestraft worden sei, worauf derselbe ausweichend antwortete. In seinem Plaidoyer erklärte derselbe Verteidiger, der Spion habe auf jeden Fall aus schlechten Motiven gehandelt, denn sonst würde er seine Angaben vertreten. Auf die Angabe eines anonymen Schutzes hin sollen nun 18 Männer verurtheilt werden, das sei das Stärkste, was einem deutschen Gerichtshof je zugemuthet worden wäre. Nicht minder scharf ging Dr. Siegel mit Polizei und Staatsanwaltshaft ins Gericht. Sehr wacker benahmen sich die Angeklagten, die sämtlich unumwunden ihre Angehörigkeit zur Sozialdemokratie bekundeten.

Dem Gerichtshof, der schon durch seine Ablehnung der von der Verteidigung gestellten Anträge gezeigt hatte, was Weisheitskind er sei, sahen die Untersuchungsakten noch nicht lange genug gedauert zu haben, er legte deshalb die Verurtheilung des Urtheils erst auf acht Tage später an, also über die Pfingstferien hinaus, damit die Angeklagten, unter denen verschiedene Familienväter sind, ja nicht zu früh freikommen. Dabei befürchtete er noch die Unversöhnlichkeit, durch seinen Präsidenten gegen den von der Verteidigung erhobenen Vorwurf der Verschleppung sich zu verhalten.

Das „Urtheil“ wird somit erst am 2. Juni bekannt werden.

Aus Dresden, 21. Mai wird uns geschrieben: Unsere samstags 2. Strafkammer bei dem hiesigen Landgericht, deren Vorsitzender der berühmte Herr v. Mangoldt ist, hat seitens des Reichsgerichts doch einen kleinen Ruffel erhalten, leider nur einen kleinen, einen solchen, der den Verurtheilten nichts nützt.

Es handelt sich um die Revision des Urtheils in dem Prozeß wider eine Anzahl unserer Genossen in Dresden-Neustadt, die wegen eines Wahlplakates auf § 131 von 2-6 Monate Gefängnis erhielten.

Die eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, und zwar, weil dasselbe an die „thatfächlichen Feststellungen“ des vertheilenden Gerichts gebunden sei; jedoch führte das Reichsgericht über das Urtheil selbst unter Anderem folgendes an:

„Ob die Auslegung, welche dieses Flugblatt, welches die Angeklagten verbreitet haben, in den Urtheilsgründen enthalten hat, richtig ist, das entzieht sich der Nachprüfung der Weiskonsistenz. Es ist auch zuzugeben, daß in diesem Flugblatt verschiedene Sätze enthalten sind, welche eben sowohl als eine beleidigende Kritik als auch als thatfächliche Behauptungen aufgestellt werden können; allein es kann dem Gericht erster Instanz ein Rechtsirrtum darum nicht zur Last gelegt werden, weil es in diesen Sätzen „thatfächliche Behauptungen“, eine Entstellung von Thatfachen gefunden hat.“

Aus dem Preussendentsch in gutes reines Deutsch übertragen, heißt das: Wir Reichsgerichtler sind zwar der Meinung, daß das Flugblatt nur eine beleidigende Kritik enthält, die nach dem Sinn und Wortlaut des § 131 nicht strafbar sein kann, allein, da das erkennende Gericht darin „thatfächliche Behauptungen“ zur Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften erblickte und „thatfächlich festgestellt“ hat, so können wir von unserm Kompetenzstandpunkt nichts dagegen machen. Die Verurtheilten müssen ihre Strafe abdrücken.

Das Reichsgericht gesteht also indirect ein, daß seitens der zweiten Strafkammer am Landgericht in Dresden eine schwere Verungung des Rechts vorgekommen ist, der eine Anzahl Menschen zum Opfer fielen, es erklärt aber, nichts dagegen machen zu können.

Und das nennt man im deutschen Reich Gerechtigkeitspflege!

— Hurrah! Eine nationalliberalerseite einberufene Versammlung der Tabakinteressenten von Speier ist auf Grund des Sozialistengesetzes verboten worden. — Das ist famos, nur immer so weiter! Die „heilsame Wirkung“ des Sozialistengesetzes, von der die „Nationalliberalen Korrespondenzen“ in einer ihrer letzten Nummern jasekte, muß sich noch in ganz anderer Weise offenbaren.

„Mit Genehmigung des Kaisers ist der am 12. Mai d. J. geborene Sohn des Herzogs Paul Friedrich von Mecklenburg, als Soldat in die Armee aufgenommen“ und dem ersten großherzoglich-mecklenburgischen Dragonerregiment Nr. 17 zugetheilt worden.“ Also zu lesen in der erleuchteten Presse des Vaterlandes. Wir nehmen von dem kolossalen Uff Notiz und fragen bescheiden an, ob der an. hundsgrämliche Soldat, wenn er seine Uniform, d. h. seine Bindeln be-fach-magt — auch mit Arrest bestraft wird, oder ob für ihn ein milderes Ausnahmengesetz geschaffen wird, das ihm dergleichen Freiheiten gestattet?

Uebrigens dürfte es der Soldat in Bindeln am Verstand für seine Pflichten und für die deutsche Grammatik mit seinem „erlauchten“ Großheim, Prinz Schrappe genannt, in jeder Beziehung annehmen.

— „Das wäre heiter, wenn die Deutschen ihren geliebten Kronprinzen von Rühlsiten in die Luft sprengen ließen“ — schreibt die liberal-konservative „Bücher Freitagzeitung“. Wir haben dem nichts hinzuzusetzen.

— Anarchistisches. Ein lieber Karl, der Revolte in Genf! Die Devise der Londoner „Freiheit“: „Gegen die Tyrannen sind alle Mittel geistlich“, übersezt er seinen Gläubigen mit: Contre les tyrans tous les moyens sont bons. Gegen die Tyrannen sind alle Mittel — gut. Das bloße Wort „geistlich“ — „lygal“ — läßt ihm ein solches Entsetzen ein, daß er es gar nicht zu drucken wagt. Er schämt sich der mangelhaften Logik seiner Londoner Freunde.

Es ist allerdings eine seltsame Logik, welche einen solchen Satz fertig bringt, nur ist die Logik des „Revolte“ um kein Haar besser. Gegen die Tyrannen sind durchaus nicht alle Mittel gut, sondern nur die Mittel, welche ihnen in Wirklichkeit schaden und den Unterdrückten nützen.

— Oesterreich. Aus dem Lande der Niederracht, schreibt man uns, ist diesmal eine Infamie zu melden, welche alles auf diesem Gebiete bei uns bisher geleistete übersteigt, und das will viel heißen.

„Es handelt sich um den „Prozeß Richter“. Richter, ein „Sozialrevolutionär“, hatte einen Kettersatz, den er angeblich von einem gewissen Schärer erhalten, einem Buchdruckereibesitzer überbracht und bei demselben 3000 Abzüge bestellt. Der Buchdrucker aber liefert, nachdem er den Wirthschaftler gelesen, den Kettersatz der Polizei aus. Richter hinstellend, anstatt seinerseits über die Verzögerung klagend zu werden, richtete einen Brief an den Buchdrucker, in welchem er die Ausführung des Auftrags betrieb. Diesen Brief hatte er mit seinem vollen Namen unterzeichnet, es war also für die öffentliche Polizei nicht schwer, den „Schuldigen“ zu ermitteln, der vorgestern wegen „Hochverraths, Majestätsbeleidigung“ und anderer kleinerer Delikte vor Gericht stand. Die Art und Weise seiner Verantwortung, zusammengehalten mit der beispiellosen Naivität seines Vorgehens bei Beschaffung der Flugblätter, hätte genügen sollen, die Richter zu überzeugen, daß sie ein bloßes Werkzeug vor sich hatten, welches sich der Tragweite seiner Handlungen nicht bewußt war. Aber unsere Rechtschanditen wollten die Welt davon überzeugen, daß Schärer Recht hatte, als er sie im Reichsrothe erbärmliche Subjekte nannte, die zu jedem Staatsverbrechen zu gebrauchen seien. Nachdem die Geschworenen ihn „schuldig“ gesprochen, verurtheilten sie den Angeklagten zu der entsetzlichen Strafe von zwölf Jahren schweren Kerkers.

„Zwölf Jahre wegen des Versuches, ein Flugblatt drucken zu lassen! Und das nicht im brutalen Rußland, sondern im „Reichthum“ Oesterreich! Geistlich kann auch die Todesstrafe über Hochverräter verhängt werden; vielleicht erleben wir's noch, daß Galgen für uns errichtet werden.“

Nun, die Herren vergessen, daß russische Zustände auf der einen Seite auch solche auf der andern provozieren.

Vorläufig wollen wir nur konstatieren, daß das Schenkel, welches dem Gerichtshof präsidirte, Karas an heißt.

Anderswärts wollen wir aber auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, welche Schuld den Herren in London „signierten“, welche die Revolutionärinnen als Spion betreiben und sich nicht scheuen, damit sie eine „Hei“ haben, in der schnellsten und leichtsinnigsten Weise diejenigen ihrer hiesigen Genossen, die noch etwas Keitrag befragen, an's Messer zu liefern. Der Inhalt des Flugblattes, der den des „Rebels“ noch über-treffen soll, sowie das ganze Arrangement, waren davor, daß man sich wirklich fragen muß, sind diejenigen, die dergleichen veranstalten, verrückt oder gekannt? Daß sie, ob mit Willen oder nicht, bisher für Niemanden gearbeitet haben, als für die Polizei, haben die Hochverrathsprozeße der letzten zwei Jahre zur Genüge bewiesen.“

H. J.

— Frankreich. Vom 14.-21. Mai tagte der Regionalkongreß von Mittelfrankreich, einberufen von der sozialistischen Arbeiterpartei, bezogen von der Majorität des, wie unsere Leser wissen, gespaltenen Verbandes des Centrums. Da 14 männliche Arbeitervereine eingeladen waren, so hatten sich auch die zur Minorität zählenden Vereine eingefunden, und zum Zeichen, daß sie gewillt seien, ernsthaft an der Verathung der auf der Tagesordnung stehenden Fragen — Streiks, Gewerkschaftskongresse, Eroberung politischer Macht in Staat und Gemeinde — theilzunehmen, ihre Mandate den Einberufern übergeben. Die Thatsache aber, daß auch die Minorität den Titel „Verband des Centrums“ führte, wurde von der Majorität dahn benutzt, dieselben die Theilnahme am Kongreß unmöglich zu machen, indem sie ihr die Bedingung stellte, diesen Titel abzugeben, d. h. sich ihnen — ob vermeintlichen oder wirklichen, bleibe dahingestellt — guten Rechtes freiwillig zu begeben. Das war eine Auslösung in besser Form, die Minorität und mit ihr 3 weitere Sektionen, im Ganzen 10 Organisationen, traten vom Kongreß zurück.

Dieses Verfahren der Majorität können wir umsonstener billigen, als sie auf der anderen Seite in weitherrigter Weise sowohl Anarchisten wie Selbstthäter zuließ. Unter den ausgeschlossenen Sektionen befanden sich

aber gerade die eifrigsten Verfechter des revolutionären wissenschaftlichen Sozialismus. Mit solchen Banden gründet man keine kampffähige Partei. Aus verschiedenen Industriestädten in der Provinz liegen auch schon Proteste gegen das Verfahren vor, u. A. aus Klais (Gard), Moanne (7 Vereine), Reims (4 Vereine), Rochefort, Mont-lugon, Angoulême etc.

Ob dieser Konflikt, der zum größten Theil auf persönliche Rivalität zurückzuführen ist, bis zu einer vollständigen Spaltung der so viel versprechenden Arbeiterpartei getrieben werden wird, wird sich auf dem im Herbst stattfindenden nationalen Kongreß zeigen.

Was nun die Verathungen des Kongresses selbst anbelangt, so können wir mit Genüthung konstatieren, daß dieselben einen entschieden fortschrittlichen gegen den vorjährigen Kongreß dokumentieren. Es zeigt sich ein immer größeres Bewußtsein für den in der heutigen Gesellschaft herrschenden Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit und die aus demselben resultierenden Aufgaben des Proletariats. Wir bedauern sehr, daß aus dem Raum mangelt, die höchst interessanten Voten über die oben genannten Fragen im „Sozialdemokraten“ zu veröffentlichen. In Bezug auf die Streiks und die Gewerkschaften gingen übrigens die Meinungen wenig auseinander, die Ersteren wurden fast alleinig als notwendige Folgen des heutigen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit anerkannt, sowie als Mittel, auf die große Masse der Arbeiter agitatorisch einzuwirken. Betont wurde dabei, daß der Hauptwerth bei den Streiks auf die Verkürzung der Arbeitszeit zu legen sei. Die Minorität legte in ihrem Votum einen Plan zur Organisation einer allgemeinen Streikwelle nieder, die Majorität hielt eine solche für noch nicht realisierbar und entschied sich für eine Unterstützung der Streiks nach den jeweilig vorhandenen Mitteln. Bezüglich der Organisation der Arbeiter in nationalen Gewerkschaften — bisher bestanden fast nur lokale Fachvereine — sprachen sich Minorität und Majorität bejahend aus und erklärten es für Aufgabe der Partei, diese Gewerkschaften in jeder Beziehung zu befördern, und die Initiative zu regionalen, nationalen und internationalen Gewerkschaftskongressen zu ergreifen.

In der Frage der Eroberung der politischen Macht in Staat und Gemeinden traten in Bezug auf die letzteren härtere Differenzen zu Tage. Wir kommen darauf in nächster Nummer zurück.

Streiks und Lohnkämpfe finden noch fortwährend statt. Der bedeutendste ist wohl im Moment der von uns vor einigen Wochen angezeigte Streik der Schuhamacher in Paris. Eine ganze Anzahl Meister haben die geordnete Lohnverhöhung bereits bewilligt, aber darum gebeten, daß diese Lohnverhöhung bis zur Beendigung des Streiks für die Streik-lasse verwendet werde. Dieser Wunsch wurde von einer sehr stark besuchten Versammlung einstimmig bewilligt. Die Organisation scheint eine gute zu sein, so daß der Sieg der Arbeiter nicht unwahrscheinlich ist.

Der Jahrestag der blutigen Raimache wurde von den Pariser Sozialisten in würdiger Weise begangen. Am 28. Mai verarmten sich eine große Anzahl Sozialisten auf dem Bahndamm und marschirten von da aus in einzelnen Gruppen zum Begräbnißplatz Père-Lachaise. Letzterer war während des ganzen Tages überaus stark besucht. Die Stätte, wo die Ueberreste der niedergeworfenen Kommunisten eingescharrt liegen, war von Blumen, Kränzen, Schleifen etc. bedeckt. Eine ganze Anzahl von Sozialisten, u. A. Labrousse, Digeon, Louise Michel, hielten auf das Gedächtnis der Gefallenen feiernde Ansprachen.

Am Abend fand eine Versammlung der Manifestanten statt, welche zum Zweck hatte, ein Einverständnis zwischen den verschiedenen Fraktionen der revolutionären Partei anzubahnen. Auf Vorschlag von Digeon wurde eine Kommission gewählt, um Vorschläge zu einer Gegen-demonstration am sogenannten Nationalfest am 14. Juli (Bastillefest) auszuarbeiten.

— England. Die Anklage gegen den Schriftsteller Merens wegen des Artikels der „Freiheit“ über die Ermordung von Taverish und Burke ist vor die Richter verwiesen worden. Merens erklärte in der Vorverhandlung, den au. Artikel weder verfaßt noch auch gelesen zu haben, nichtdestoweniger wurde er sofort in Haft genommen, sein Besuch auf Freilassung gegen Kaution aber rundweg abgeschlagen.

Der Herausgeber der Londoner Wochenschrift „The Radical“, Herr Bennet, hat die Berichtigung Merens übernommen. Bezeichnend ist es, daß „Labour Standard“, das Organ der Trades-Unionsisten, ausdrücklich die Verfolgung der „Freiheit“ billigt. Dasselbe schreibt in seiner neuesten Nummer:

„Wir halten nichts davon, Gerüchten mit Dampfmaschinen zu erdrücken, aber Leute, welche sich einbilden, die Sache der Demokratie mittels Dolk und Augen zu befördern, verdienen, daß man Acht auf sie gibt.“ — „Gerechte und ehrliche Kritik ist das Lebenselixir des Journalismus, aber die von der „Freiheit“ geübten Verbrechen erfordern strenge Gegenmittel. Keine (!) und rachsüchtige Tyrannen, welche von Freiheit besessen sind, sind soviel werth wie ein Taschendieb, der für Ehrlichkeit eintritt.“

Schöne Idee von Freireiheit, welche dieses Arbeiterblatt da ent-wickelt!

Leider wird dieser Standpunkt, wie uns ein deutscher Arbeiter aus London schreibt, von einem großen Theil der englischen bzw. Londoner Arbeiter getheilt, so daß die sozialistischen deutschen Arbeiter in den eng-lischen Verhältnissen unendlich „sehr viel“ zu leiden haben.

Korrespondenzen.

— Hensburg, im Mai. Wir sind leider in die Nothwendigkeit verlegt, auch von hier aus über einen Todesfall zu berichten: Am 5. April verschied plötzlich am Herzschlag der auch in weiteren Kreisen bekannte Gastwirt H. B. Zimmermann im 42. Lebensjahr. Eine Anzahl Genossen begleiteten den Heilüberkorken zur letzten Ruhestätte und legten einen Kranz mit rother Schleife und der folgenden Aufschrift:

„Sprich, Schicksal, sprich, was hast du diesen Tempel

So früh in Schutt und Asche bingelagt?“

Gewismet

von seinen Bestimmungsgenossen.

an den Sarg nieder, moegen der anwesende Polizei auffallenderweise nichts einzuwenden hatte. Da der Verstorbenen zugleich Disident war, so unterließ selbstverständlich die pflichtige Zeremonie, eine Musikpelle spielte auf dem Wege bis zum Kirchhof einen Trauermarsch und am offenen Grabe sprach ein Genosse einen letzten Abschiedsgruß dem Heim-gegangenen nach, worauf die anwesenden Freunde als letzte Gabe rothe Blumen in die offene Gruft niederfallen ließen.

Einen infamen Gaunerstreich hat die große Schiffbau-Gesellschaft hier-leich in Anfang dieses Monats gegen ihre 800-900 Personen zählende Arbeiterpartei ausgeübt, indem dieselbe die Kranken- und Sterbefälle, aber welche bisher die Arbeiter zu gebieten hatten, auflöste und damit zu er-keunten gab, welche schöne Harmonie zwischen Kapital und Arbeit in deutschen Landen zu herrschen hat. Sie gründete einfach eine neue Klasse, weil ihr die Statuten der alten nicht gefielen, strich die Bestim-mungen über die Unterhaltungen der Familien und herr. Verabreichung freier Medicamente an dieselben. Ferner schloß sie diejenigen Arbeiter, denen es nach zweijähriger Mitgliedschaft gestattet war, der Klasse noch anzugehören, auch wenn sie nicht mehr auf der Werft beschäftigt werden, einfach von der weiteren Theilnehmung an der Klasse aus; überhaupt ist das Statut der neuen Klassenklasse ein Konstrukt in seiner Art: kein einziger Beschäftigter kann ohne Einwilligung der Direktion gefaßt werden.

So fruchtet man uns auf jede Weise, möchte der Tag bald kommen, wo wir unsere Ketten zerbrechen werden!

Kilian.

— Nürnberg. Es ist schon ziemlich lange her, seit von hier ein Bericht an den Sozialdemokraten eingeandt wurde; Unthätigkeit der Genossen trägt nicht Schuld an der Versäumnis. eher ist das Gegenteil richtig; der Unterhaltungs-fond wird es von jetzt ab bewerkeln, daß wir auch nach

der Wahl nicht mäßig waren. Die schlaueste Zeit des Versprechens der Genossen ist nun auch glücklichstweise hinter uns; die letzte Wahl hat uns hunderte von Genossen, die sich nach Erlaß des Sozialengesetzes still verhalten hatten, wieder zugeführt. Nicht minder hoch ist der Gewinn anzuschlagen, der uns durch Zuwachs junger frischer Kräfte geworden ist.

Die Wahl sind hier wie allerorts verlaufen; von Versammlungen natürlich keine Rede; was von Flugblättern in die Hände der Polizei oder Gendarmen gelangte — allerdings versucht wenig — wurde konfisziert, sogar das Stimmzetteln verboten wurde von den ständigen Dorfpöbeln verboten und die Verbreiter anderer Stimmzettel verurteilt, was aber trotzdem nicht verhinderte, daß Jedermann seine Zettel ungehindert erhielt. Was zu beschweren blieben wir nicht für der Wille, das Resultat einer solchen Beschwerde kennt man ja schon im Voraus; es dient ja doch meistens nur dazu, den Bescheid der genannten Adressen der Verbreiter zu liefern, wie wir dies bei den Attentatswahlen 1878 beobachtet konnten. Hier hilft nichts als Klugheit und List. Wenn die Gendarmen auch auf dem Lande ihre Nachstrafe spürten und schon bei Tagesanbruch aus den Wäldern hervorkamen, um unseren daherschreitenden Genossen die Taschen und Bäckchen, in welchen die Stimmzettel lagen, nach Wahlenverstoß erfolglos zu durchsuchen, so mußten sie nachträglich doch erfahren, daß jeder Wähler außer seinen Stimmzetteln noch einen Wahlaufsatz erhalten hatte. Die Stimmung unter den Landleuten ist eine sehr günstige, in vielen rein bäuerlichen Gemeinden haben wir große Majoritäten erzielt, in den meisten der übrigen starke Minoritäten. Zu verwundern ist es allerdings nicht, wenn unser Bauernstand anhängt, unzufrieden zu werden; schon verschwindet allenthalben die kräftige Roggenbrodfluppe vom Tische, um der billigeren Eichorienbrühe und Kartoffeln Platz zu machen. Waldarbeiter, Holzhacker und Tagelöhner — schwerfällige Leute — erzählen, daß genannte Koft Morgenbrod, Mittag- und Abendessen vorstellt. Unsere Bauern, soweit sie nicht zu den wenigen Großbauern gehören, leben genau so. Hier blüht das Ideal unserer Individualisten: das Parzellensystem, das nach Kautsky ihrer Geschickten den höchsten Ertrag abwirft. Sie sollen sich aber einmal diese von früh bis spät sich abradern, in Lücken einhergehenden und oft in Höhlen von Wohnungen lebenden Häußer ansehen, sie sollen sich mit ihnen zu Tische setzen, und sie werden bald von ihrer Schwärmerie für die Parzellensystemkurat sein. In der Stadt sind die Verhältnisse nicht minder schlimm. Sind die Geschickten, wenigstens in manchen Branchen, zum Teil wegen der demnächst zu eröffnenden Landesindustrie-Aussstellung*) etwas mehr belebt, so sind doch die Löhne um kein Zota gestiegen und wird deshalb allenthalben Leberarbeit gemacht. Nicht nur in den Manufakturgeschäften und Kleinvertrieben wird Abends bis 9 Uhr und Sonntags gearbeitet, selbst in den größten Fabriken ist dies an der Tagesordnung, und die Arbeiter sind noch froh, die paar Groschen mitzunehmen zu können, um nur einigermaßen der Familie ein menschenwürdiges Dasein bereiten zu können. Von Lohnbewegungen hört man gar nichts, die letzten schlimmen Jahre haben die Arbeiter so weit gebracht, daß Jeder froh ist, wenn er überhaupt nur Beschäftigung findet. Die Höhe der Löhne zu bestimmen, ist ganz in das Belieben der Arbeitgeber gelegt, und doch würde es nichts schaden, wenn die Arbeiter versuchen würden, in Versammlungen dieses Thema zu behandeln. Allerdings würde unsere fortschrittliche Polizei auch hier wahrscheinlich reaktionärer sein als die Berlins, der Stadt der Belagerungszustände — doch könnte man es auf einen Versuch ankommen lassen.

Was sonst innerhalb der Partei hier selbst geschieht, kann hier nicht erzählt werden; die im Ausland lebenden Genossen mühen sich wohl nachzusehen, wie wir liegen auf der Bärenhaut oder hätten nicht den Mut, so anzutreten wie es die Umstände erfordern; allein was bis jetzt geschehen konnte, die Leute wieder heranzuziehen, ihnen wieder Mut einzufößen, ist geschehen. Demonstrationen in irgend welchen Versammlungen zu machen, ist uns deshalb unmöglich, weil es deren überhaupt gar nicht gibt; mehrere Versammlungen, welche unser Reichstagsabgeordneter Grillenberger persönlich anzeigte, wurden verboten, und die Fortschrittler, die zweitärkste Partei hier, die so energisch gegen das Monopol weichen, haben nicht den Mut, auch nur eine einzige Versammlung zu diesem Zwecke zu arrangieren.

Während wir nach unserem glänzenden Wahlsieg, der den Genossen wieder neuen Mut und Eifer für unsere Sache einflößte, versuchten, einen besseren Zusammenhalt anzubahnen und das Unterstützungswesen zu regeln, mußten wir die unliebsame Wahrnehmung machen, daß mehrere Genossen, die sich bisher eines ziemlich hohen Ansehens erfreuten, nicht nur dieses Bestreben als ansatzlos und unbedeutend erachteten, sondern für ihren Teil, unter Ausübung banaler Phrasen, jede Mitwirkung ablehnten. Wir waren darüber umso mehr erstaunt, als der Eine dieser Leute, der so eigentlich als die Seele dieser Gruppe zu betrachten ist, seit Jahren auf die Notwendigkeit dieses Schrittes hingewiesen hatte und namentlich verlangt hatte, daß die Unterstützungsgelder durch gewählte Genossen verwaltet würden, damit eine möglichst genaue Kontrolle zu jeder Zeit möglich wäre. Nun, da wir seinem Wunsch entsprechen und ihm nicht seinen Freunden den größten Einfluß auf die Kasse gestatten wollten, mußten wir aus seinem Munde hören, daß das überflüssig wäre, daß die Sache ja bisher gegangen sei und nun auch weiter so gehen könne. Jahrelang hatte dieser Mensch unversehens sein Mißtrauen über die Verwaltung der Partei- und Unterstützungsgelder hier selbst ausgesprochen, weil eine so genaue Kontrolle, wie er sie wünschte, nicht vorhanden war. Bald sollte denjenigen, welchen dies zweideutige Zeugnis ein Rätsel war, ein Licht darüber aufgehen. Sein intimer Freund hatte die Anregung zu einer Versammlung gegeben, deren Zweck war, für die Familien der am hiesigen Orte lebenden Ausgewiesenen die Mittel aufzubringen, um sie hier wieder mit Gatten und Vater vereinen zu können. Obwohl wir einluden, daß das eine Bedürfnis für diejenigen Ausgewiesenen, welche anderwärts lebten, in sich schloß, so wollten wir doch einen Streit verhüten und nahmen uns der Sammlung an, so daß in kurzer Zeit die Summe von mehreren hundert Mark aufgebracht wurde. Mittlerweile hatte sich jedoch der Anreger dieser Sammlung, welcher auch die Gelder in den Händen hatte, mit einem der Ausgewiesenen überworfen und suchte nun durch Aufschwätzen desselben einen anderen Ausgewiesenen, der sich bei ihm besser einführen verstand, um die ganze Summe zu verwenden. Es wurde zu weit geführt, wollte ich alle Einzelheiten, die dazu angewandt wurden, näher anführen, es genügt mitzuteilen, daß ihm sein Zweck gelang, daß er seinem Freunde die ganze Summe bis auf 25 Mark, welche er einem hier längere Zeit dammenden Mosianer, Namens Kolberg, zutreiben ließ, in die Hände spielte. Daß die Genossen, welche sich der Hilfe des Sammelns unterzogen hatten, hiervon nicht erahnten, läßt sich begreifen, doch wollten wir um des Friedens willen keine weiteren Mißlichkeiten ankommen lassen. Wir nahmen uns nun vor, in Zukunft nie wieder solche Bestrebungen zu unterstützen, unbekümmert um das Geschwätz dieser Leute, die beständig herumrühren, daß die Unterstützung aus der Zentralkasse nach Willkür und Wunsch verteilt werden; jetzt hatten sie es uns selbst ad oculos demonstriert, wo Willkür und Begünstigung zu suchen ist. Daß belagte Personen sich nach der Wahl von uns absonderten und förmliche Konventikel abhielten, wofür obengenannter Kolberg das große Wort führte, ging uns nichts an; daß sie aber in öffentlichen Wirtschaften die in ihren Zusammenkünften angedachten Verordnungen, Entstellungen und Veränderungen gegen hervorstechende Parteigenossen brechen, daß sie für die „Freiheit“ in Wirtschaften und Fabriken unter den Genossen, die ihnen allerbereits den Rücken kehren, zu agitieren versuchten, konnten wir solange nicht dulden als sie sich als Parteigenossen aufspielten. Es wurde deshalb in einer Versammlung von Vertrauensmännern beschlossen, diese Leute nicht mehr als zu und gehörig zu betrachten und sie überhaupt mit Berührung zu meiden. Darüber natürlich große Entrüstung unter den Leuten, die gar zu gerne noch eine Zeitung unter falscher Flagge gesetzt wären, da sie wohl gefanden, daß für das Heil von London kein rechter Boden hier vorhanden ist. Unbegreiflich ist nur, wie es aber Leute geben kann, es sind dies allerdings äußerst wenige, die der Ansicht sind, daß man zu rasch gegen diese Leute vorgegangen wäre; wir haben vielmehr und viel zu lange gefastet lassen, daß dieselben systematisch unsere Führer als eine Bande von Betrüglern und die Parteigenossen als die dummen betrogenen Schafe hinstellen; jede Verleumdung, jede Lüge wurde mit wahrer Wohlthaten weiter verbreitet, und man hätte glauben können, es wäre diesen Leuten erwünscht, wenn heute oder morgen die Partei, wie sie besteht, in Trümmern ginge. Wir haben an diesen Schimpfbrüdern nichts verloren, glauben aber bestimmt, wenn diese Leuten jeden Felsender bei den Mosianern vorkommen, so ge-

wissenhaft registrieren und zu einem Verbrechen aufzusehen, wie sie dies bei uns gethan, so werden sie nicht so lange zur „Freiheit“ schwören, als sie uns angehören.

Bei einem hiesigen Handwerker wurde vor einiger Zeit eine Anzahl Nummern des „Sozialdemokraten“ in Folge schäbiger Denunziation aus Privatarchiv beschlagnahmt, der einzige Gang, der bis jetzt unserer Polizei gelang; jetzt sucht man mit Hilfe dieser Zeugen, unter denen ein Lehrling der Hauptrolle spielen soll, einen großartigen Prozeß zu arrangieren, über dessen Verlauf seiner Zeit Bericht erstattet werden wird.

Was die Haltung des „Sozialdemokraten“ anbelangt, so ist wohl kaum ein einziger Genosse am Orte, dem die Schreibweise desselben zu revolutionäre wäre; doch hoffen wir, daß deshalb keine weiteren Streitigkeiten entstehen werden, und daß Jeder, mag er nun Führer oder einfacher Genosse sein, so viel Parteizugehörigkeit besitzen wird, die Meinung der großen Majorität der Partei, welche klar zu Tage tritt, ist zu respektieren.

Aus dem Wahlkreis Großenhain. Leider haben wir keinen Erfolg zu melden: wir kommen nicht in die engere Wahl. Zwar haben wir unseren alten Bestand bewahrt, allein nach den gebrauchten Opfern hätte das Resultat ein besseres sein müssen und auch sein können. Wir blieben aus diese Thatsache nicht verhehlen. Sich selbst zu them, ist das Unklugste, was eine Partei — wie ein Individuum — thun kann. Es muß zugegeben werden, daß unsere Stellung eine sehr schwierige war. Die Fortschrittspartei, durch keine Ausnahmestellung gekennzeichnet, trat mit aller Kraft in den Wahlkampf ein und hatte in der Person Kämpfers zwar nicht ein Genie, aber unerschütterlich einen anständigen Mann als Kandidaten aufgestellt, der sich in Dingen von Versammlungen den Wählern präsentirte, wozu wir nicht eine Versammlung abhalten konnten, nur in wenigen gegnerischen Versammlungen reden durften, in allen unseren Bewegungen durch das schäbige Ausnahmestellung gehindert wurden und obendrein den Nachteil hatten, daß unser Kandidat, der brave Geiser, im Gefängnis lag, sich also den Wählern nicht zeigen konnte, was immerhin sehr viel ausmacht. Allein nichtsoweniger hätten wir mehr Stimmen haben müssen. Es fehlte aber — und dies darf nicht verschwiegen bleiben — an der nötigen Organisation. Die von Außen herangezogenen Kräfte waren nicht im Stand, in der Eile das Verhängnis ganz nachzuholen. Nicht daß wir hier nicht genug tüchtige, muthige Leute hätten — daran hat die Partei nirgends Mangel; aber die in Folge von Geiser's Einsperrung entstandene Lücke war nicht vollständig ausgefüllt worden. Und während der Wahlbewegung war es leider zu spät.

Ferner ist in verschiedenen Orten des Wahlkreises dadurch gesündigt worden, daß man die Fortschrittspartei mit Gleichschülern ansah. „Der Kandidat ist so anständig!“ sagte sich gar mancher Parteigenosse.

Aber was hat das vom prinzipiellen Standpunkt zu bedeuten? In jeder Partei gibt es anständige Leute; wir bekämpfen die realistischen Parteien nicht aus persönlichen Rücksichten. Die Thatsache, daß Kämpfer ein anständiger Mensch ist, ändert nichts an der Thatsache, daß die Fortschrittspartei eine unanständige Partei ist, vielmehr die unanständigkeit aller Parteien, und obendrein die, welche unserer sozialistischen Weltanschauung am schroffsten und auch am geschäftigsten gegenübersteht.

Doch, welches ist nicht ungeheuer zu machen. In Zukunft sollen ähnliche Fehler vermieden werden — das ist der feste Entschluß aller Genossen, welche die Lehre der Wahlkampagne wohl begriffen haben.

Für die kommende Stichwahl werden beide Kandidaten mit frohhafter Begeisterung unsere Gänge und Stimmen. Da der konservative Kandidat sich — komischer Weise — ebenso entschieden wie der fortschrittliche gegen das Sozialistengesetz erklärt hat, werden die Genossen vermutlich das kluge Wort der Königin Blanka beherzigen und zur Erkenntnis gelangen, daß „beide Parteien flinken.“

Den Dresdener Genossen, die uns am Tage der Wahlschlacht mit gewohnter Bereitwilligkeit und Kampfbereitschaft unterstützten, sei hiermit zum Schluß im Namen der Sozialdemokraten unseres Wahlkreises von Herzen gedankt.

Aus dem sächsischen Voigtlande. Das ungünstige Wahleresultat im 22. Kreise ist verschiedenen Ursachen schuld zu geben. Die traurigen Arbeitsverhältnisse, die polizeilichen Scherereien haben manchen Arbeiter und sogar Parteigenossen des Voigtlandes kopfschüttelnd gemacht, so daß ein großer Indifferentismus Platz griff. Andererseits haben sich unsere althergebrachten Feinde nicht allenthalben genug angelegen sein lassen, unsere Ehre zu verletzen, so daß in einigen Städten und vielen Dörfern die Wähler über die Auffassung unseres Kandidaten wenig oder gar nicht unterrichtet waren.

In alledem traten die Fortschrittler zum ersten Male auf. Mit aller Vorsicht gegen uns arbeiteten sie für ihre Sache sehr eifrig, so daß ihnen die Stimmen vieler Kleinbürger und Arbeiter zufielen, welche früher uns gehörten.

So beschämend dieses Resultat auch für unsern Kreis war, so läßt es sich doch nicht Einmal in die Schande schreiben, sondern ist dem kombinierten Zusammenstoß obiger Gründe zuschreiben.

Es muß unsere Aufgabe sein, diese Scharte wieder auszuweichen durch ruhiges Zusammenhalten und geeignete Entzettel zu rechter Zeit.

Mit Gruß!
Einige Reichendacher Parteigenossen.

Ludwigsburg, im Mai. Seit längerer Zeit haben die hiesigen Genossen kein Lebenszeichen von sich gegeben. Der Grund ist darin zu suchen, daß die Partei am hiesigen Orte nicht so zahlreich vertreten ist, wie man es von einer Stadt mit nicht unbedeutender Einwohnerzahl eigentlich erwarten sollte. Es ist zwar richtig, daß es eine ziemlich starke Arbeiterbevölkerung hier gibt, wobei hauptsächlich die Metallbranche vertreten ist, aber ich glaube, daß nirgends das arbeitende Volk eine so traurige Rolle spielt, wie gerade bei uns. Bei der letzten Reichstagswahl haben diese Leute, die sich Arbeiter schimpfen lassen, durchweg den Wahlmeister Ketter gewählt, einen sogenannten Volksparteier; in Wahrheit aber ist dieser Mensch ein in der Wolle gefärbter Mänschermann, ein schnellwechselnder Trabant Eugen Richter's, der mit seinen nichtsagenden Bierbaugen in unserem Wahlkreis auf den Bauernfang ausging, welcher ihm leider nur allzugut gelang. Nannte man den Arbeiter unseren Kandidaten Dr. Dill, so belam man nichts als Schimpfworte zu hören; ja einige unter ihnen hatten nichts Eiligeres zu thun, als unsere Flugblätter, Wahlscheit u. s. w. dem Polizeiobersten zu überbringen. So entwidete u. s. w. ein gewisser Hahner während der Wahl eine fieberhafte Thätigkeit, die sich einerseits auf das Aufschließen von sozialistischen Flugblättern erstreckte, andererseits auf das Denunzieren von Parteigenossen bei der Staatsanwaltschaft. In ersterer Beziehung hatte der Mann auch voll und ganz zu thun, indem wir es an Vertheilung von Wahlflugblättern und Stimmzetteln nicht fehlen ließen; hunderte von solchen wurden in einer Nacht zum Schrecken unserer Spießbürger an allen Ecken und Enden verbreitet. Was das Denunzieren betrifft, so bewirkte dieser laubere Patron die Verhaftung unseres Genossen Bernhard Hammer, welcher auch wirklich im Januar d. J. wegen Untergrabung der militärischen Disziplin und Verhöhnung der öffentlichen Gewalt zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde.

Der blaue Fritz, Herr Hahner, wird sehr nicht mehr lange auf sich warten lassen! — Ähnlichen Angehörigen des hiesigen Militärs wurde diese Verurtheilung bekannt gegeben, zum abschreckenden Beispiel für alle Zeiten. Der Staat war wieder gerechtfertigt. Noch ist zu erwähnen, daß vor einiger Zeit bei einem hiesigen Schneider eine vollständig resultatlose Handlung stattfand. Die Schüssler blühten sich angehener, außer einem Exemplar des anständigen „Reichsbürgers“ fanden sie gar nichts. Ein Jammer- und Weibergeschrei entstand aber neuerdings, als eine Prinzessin Namens Marie — sie soll aus Waldburg gebürtig sein — zu ihren Vätern versammelt wurde. Man hätte glauben können, diese sogenannte Prinzessin sei eine göttliche Erscheinung gewesen, die nach der Ansicht der hiesigen sprichwörtlichen Bevölkerung nie hätte sterben sollen oder können. Ihren Gemahl, der einst — hoffentlich kommt's nicht so weit — die Krone Württembergs auf seinem Schädel tragen soll, soll der Verlust so schmerzlich betreffen haben, daß er mehrmals in Ohnmacht fiel — — Wer's glaubt wird selig.

Ein anderes Mal mehr. Die rache Pidelhaube.

Beste Nachrichten.

— Ohne obrigkeitliche Bewilligung haben unsere wälschen Genossen zur Feier des Hambacher Festes einen offenen Brief unseres alten Johann Philipp Becker, der schon vor fünfzig Jahren dabei war, in mehreren tausend Exemplaren verbreitet.

Genosse Ehrhardt aus Randeim, sowie ein Genosse, dessen Name uns bis jetzt noch nicht bekannt ist, welche in der Nacht vom 27. zum 28. Mai das Hambacher Schloß ersteigen wollten, fanden dasselbe von einem ganzen Trupp Gendarmen besetzt und wurden von diesen verhaftet. Bei Ehrhardt fand man eine rote Fahne, und schließlich die Polizei mit gewohntem Scharfsinn heraus, daß Ehrhardt die revolutionäre Absicht gehabt habe, diese zur Feier des Tages aufzuhängen. Welches Entsetzen für die völksparteilichen u. s. Spießer, wenn das Banner der roten Republik am 28. Mai vom Hambacher Schloß herabgeweht hätte!

In Frankfurt, Mannheim u. s. wurde sofort allgemein gehänselt, denn — dazu ist die Polizei da, sagt das völksparteiliche Festkomitee.

— In Dresden ist Genosse Bebel auf Befehl der Staatsanwaltschaft am Pfingstmontag plötzlich verhaftet worden. Scheint ein Nachlaß des Herrn von Abeken, des sächsischen Justizministers, zu sein.

Warnungen.

In Nr. 7 haben wir vor einem gewissen H. Schneider (Schneider von Profession und bekannt in Baden und Berviers) gewarnt, und werden veranlaßt, dessen Verfassungen genauer bekannt zu geben, da derselbe nach Amerika (nach anderer Angabe in Haft) verschwand sein soll.

Schneider ist mittelgroß, podenarbig, schlaflos. Er trägt gewöhnlich eine Brille, hinkt und geht stets auf einem schwarzen Klotzschuh. Spricht westfälischen Dialekt und französisch. Alter 36—37 Jahre.

Es ist größte Vorsicht nötig, denn es ist demselben selbst bei seinen sozialrevolutionären Freunden nicht gelungen, sich zu zeigen, als er auf Grund unserer ersten Warnung es versuchte. Dagegen haben in Baden zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Personen seiner Bekanntschaft stattgefunden. Einer wurde verhaftet, als er gerade mit dem Verfaßten der „Freiheit“ beschäftigt war. Dessen Korrespondenzen mit der „Freiheit“ sollen zugleich gefunden worden sein.

Benachrichtige man uns, wenn er irgendwo ansetzt, über sein Thun und seine etwaigen Angaben.

Alle Genossen des In- und Auslandes, insbesondere Dänemarks werden nachdrücklich gewarnt vor dem Schneider August Hartung aus Kolliba (Prov. Sachsen). Derselbe geriet sich theils unter eigenem, theils unter falschem Namen — in seinem dänischen Wanderbuch heißt er Harting, er selbst nennt sich auch Harting — als Ausgewiesener aus Hamburg, um auf Kosten Anderer ein bequemeres Niederwühlwesen zu führen. Dant seiner Niedrigwandtheit und seines überaus raffinierten Vorgehens ist ihm dies leider bisher bestens gelungen. Wir warnen alle Genossen nachdrücklich vor diesem Schwindler.

Die Hensburger Sozialdemokraten. Signalment: Hartung ist 31 Jahre alt (geb. 19. September 1851), von mittelgroßer, schlanker Statur, trägt einen Schnurrbart und spricht mit sächsischem Dialekt. Er sucht sich meist dadurch einzuführen, daß er Bekannte von bekannten Genossen aus der einen Stadt zur andern überbringt.

„Balsam Wäiblinger“ empfohlen! (Vergleiche Nr. 15 des „Sozialdemokraten“.)

Briefkasten.

der Redaktion: New-York: In nächster Nummer. Desgleichen verschiedene Korrespondenzen.

der Expedition. Dr. St. Br.: Fr. 1. — f. 4 Expt. erh. — St. H. a. d. Eider: M. 61,70 Ab. 2. Du. n. Schit. erh. Sdg. abgg. — Kommerzienrath: M. 24. — Ab. 2. Du. in den Sorten am 24/5 eingetr. Borbehalt. Courser. — Weddner: M. 5,40 Ab. 2. Du. M. 1. erh. Fr. 18,37 Ab. Juni 89 bis Ende März 88 erh. Ufda. — Fr. 6. — dfo. bedacht. — Gf. 3. — Fr. 20 f. 1 Expt. erh. — J. Gaardm. Kphg.: Fr. 18. — Ab. 2. Du. erh. Fr. 2,50 Rest f. Chargé. — G. W. Dr. M. — 30 d. h. 2. erh. Wofür? — K. Werner: St. v. 22/5 erh. Alles beachtet. — Schwabg.: M. 11. — f. Ab. 3/4 Du. (3. 4. Du. 81 u. 1. Du. 82) v. J. erh. — Robespierre: M. 1. — d. Ufda. dfo. jugem. — Nantzen: M. 15. — f. alte Sünden durch G. erh. Bolle Absolution bis Ende 3. Du. u. Graf! — D. Gf. B.: Fr. 13. — f. Schit. erh. — f. Bormaris: dfo. 4. — pr. Ab. 1. u. 2. Du. verw. Roch 65 fr. pr. 2. Du. zu zahlen. Wünsche berücksichtigt. Rosa mit 23 beigelegt. — Refrarius: Forges. f. Alles prompt. Kieg. wahrseinh. an Ihre Addr. — Pfl. Bthur.: Fr. 2. — Ab. 2. Du. erh. — K. H. Pdg.: dfo. 1. — a. Eto. erh. — Agricola: Obl. hat an Ihre Addr. 500 Expt. o. d. Nummer abgg., welche die Angelegenheit behandelt. — O. Schred: Der fleckbriefflich verfolgte Urkunden fälscher und Bankrottener erhält unter seiner Adresse 2 Expt. Sozialer nach dorten. Wahrseinh. für die Polizei, die ihn nicht zu finden gewisses Interesse haben dürfte. Mehrb. seit 19 abgesandt. — Schorse: War irrig gezeichnet. Folgen ab Nr. 23 178 Expt. 88. Näheres betr. d. Ausgewiesenen. — E. Engler. Brooklyn: Fr. 35,70 (Doll. 7. —) Ab. 2. Du. erh. u. nach Vorlage gebucht. Bon Nr. 5, 6, 8, 10 prüfenden, was vorhanden. Weiteres unter indifferente deutsch Elemente zur Agitation gratis schwimmen lassen! — Khasverus: Warum kein Lebenszeichen! — Peter C.: M. 12. — Ab. April erh. Erwarten wir jetzt dort kein. Mehrb. folgt. Weiteres besorgt. — W. W. London: Es flog der tapfere Riesenschwanz die blutgetränkte Fänge. Ans Feigheit? Wah, die kennt er nicht. — bedenk doch — bei die Hike? —

Zürich. Samstag, den 3. Juni, Abends 8 Uhr, im Café Kessler.

Oeffentliche Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:
Das Hambacher Fest und die „Demokraten“ von heute.
Referent: Hg. Tauscher.

Jedermann hat Zutritt.
Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

Um zu räumen.

verlangen wir einen Posten unseres als Notizbuch während des ganzen Jahres verlässlichen, sehr praktisch eingerichteten

Arbeiter-Notizkalender pro 1882,

der uns in Folge zu später Ablesern durch den Buchbinder, über die Kalenderkassen hinaus liegen geblieben ist, zum halben Preis; nämlich in Partien à 15 Bfg., in Einzelrempeln zu 25 Bfg. franko Bestellungen erbitten direkt, für die Schweiz werden solche durch die Expedition des „Sozialdemokraten“ effektiert.

Rudberg.

Wörlein & Co.

Gustav Rauff, Schneider, gebürtig aus Greiz, Hohenheim Kunst sich aufhaltend in England oder Amerika, ist gebeten, seine Adresse an seinen Bruder Louis Rauff, Weber, Schleisfabrik, Hagen (Schweiz) zu senden.

Schweizerische Vereinigung der Genossen in Göttingen-Bezirk.

3-2 [10]